Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 10 | Dienstag, den 10. Januar | Jahrgang 1928

Der „Bund zur Erneuerung des Reiches".

Dem am Samstag in Berlin gegründeten „Bund zur Erneuerung des Reiches" kommt besondere Beachtung zu. Er hat sich eine Aufgabe gestellt, die des Schweißes der Edelsten des Volkes wert ist. Er will nicht der Reichsregierung oder dem Reichstag ins Handwerk pfuschen, vielmehr hat er sich das Ziel gesteckt, sachliche Vorbereitungsarbeit zu leisten und damit den gesetzgebenden Faktoren zu dienen. Er will versuchen, die zahlreich vorliegenden Einzelpläne in gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, und sieht, wie sein Vorsitzender, der frühere Reichskanzler Dr. Luther, in seiner einführenden Rede sich ausdrückte, die Hauptaufgabe jeder Erneuerung des Reiches darin, das unorganische und die Staatskraft lahm-machende Nebeneinander der Zentralgewalten des Reiches und Preußens durch eine andere Gestaltung zu überwinden.

Der Aufruf, mit dem der Bund an die Oeffentlichkeit getreten ist, vermeidet noch jede Festlegung. Das konnte nach Lage der Dinge nicht anders sein, denn die vielen vorliegenden Einzelpläne sollen ja erst von dem unter Luther konstituierten Büro geprüft, studiert werden. Man will das Beste herausarbeiten. Nur ein Ziel steht fest: Stärkung des Reichs. „Dem Reich," so heißt es in dem Aufruf, „muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Ein solches Reich muß die Staatskraft, die einst das alte Reich gebaut hat, entschlossen in den Dienst des Ganzen stellen. In einem Reich, das die Vormachtstellung für sich allein in Anspruch nimmt, kann auch bodenständige Eigenart zum Segen Deutschlands sich neu bewähren." Diese Sätze können so gedeutet werden, als wenn der Bund auf den Einheitsstaat hinauswolle, sie brauchen es aber nicht. In dem Aufruf wird auch von dem dritten Reich gesprochen, „das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach den Worten des Freiherrn vom Stein: Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland".

Was ist gesunde Gliederung? Die jetzige bestimmt nicht. Aber ist eine Gliederung gesund, gegen die ganz Süddeutschland sich wehrt? Doch kaum. Die Lösung kann darum nicht in dem unitaristischen Programm gefunden werden, das das Reich in Reichsprovinzen gliedern will. Ganz bestimmt kann sie auch nicht so aussehen, wie die Deutschnationalen sie wollen. Die wollen auf das Reich Bismarcks zurück, wobei sie höchst vermutlich die stille Hoffnung hegen, daß dann ihr Weizen in Preußen wieder blühen werde und eines Tages leicht ein Monarch den Reichspräsidenten ablösen könne.

Es ist bezeichnend, daß die deutschnationale Parteileitung sich beeilt, zu dem Aufruf des Bundes offiziell Stellung zu nehmen. In einer von der deutschnationalen Pressestelle veröffentlichten Kundgebung wird empfehlend auf die bekannte Dezember-Entschließung der Partei hingewiesen, in der als Ausweg aus dem Dualismus, dem Nebeneinander der Zentralgewalten des Reiches und Preußen, die Personalunion zwischen dem Reichspräsidenten und dem — bisher überhaupt noch nicht vorhandenen — preußischen Staatspräsidenten sowie der Aemter des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers vorgeschlagen wurde. Zum Schluß heißt es in dieser Kundgebung: „Die Deutschnationale Volkspartei wird sich keinem Vorschlag versagen, der geeignet erscheint, Volk und Staat zu verbinden und die von der Geschichte geprägte deutsche Staatsform sich lebendig entwickeln zu lassen." Daß ausgerechnet das reaktionäre Reichsreformprogramm der Deutschnationalen Volkspartei dem „Bund zur Erneuerung des Reiches" als Richtlinie dienen könnte, muß sehr bezweifelt werden. Preußens Zeit ist vorbei, es hat seine historische Mission erfüllt. Das „dritte Reich" wird eine andere Struktur haben müssen als das Reich Bismarcks, zu dem die Deutschnationalen zurückwollen. Daß man dieser Meinung auch in den Kreisen ist, die den „Bund zur Erneuerung des Reiches" ins Leben gerufen haben, beweist deutlich ein Artikel im „Hannoverschen Kurier", dessen Verfasser, der Verleger des Blattes, Dr. Walther Jäneke, zu den Gründern und Vorstandsmitgliedern des Bundes gehört.

Er kommt zu genau demselben Ergebnis, auf das die von uns jüngst veröffentlichte Artikelreihe „Das deutsche Verfassungsproblem" hinauslief. Bayern, schreibt er, werde sich nicht ohne weiteres als Reichsprovinz einem deutschen Einheitsstaat einfügen lassen. Jeder Gedanke an Zwang würde das Wiederaufleben von Bestrebungen bedeuten, die den Blick vom Reich weg auf Oesterreich und die Donauländer richten. Das sei früher schon einmal mit aller Deutlichkeit im „Bayerischen Kurier" ausgesprochen worden und werde sich wiederholen, wenn hier keine geschickte Hand feste Fäden knüpfe, die schließlich auch in Bayern dem Reich genügenden Einfluß in lebenswichtigen Fragen sichern müßten. Die Herbeiführung eines den Notwendigkeiten der Neugliederung des Reiches angepaßten staatsrechtlichen Verhältnisses, das auf die geschichtlich entwickelte Stellung Bayerns Rücksicht nehme, werde wohl nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Ebenso werde sich mit Baden und Württemberg eine Form des Ausgleichs finden lassen, der die notwendige Reform des Reiches nicht aufhalte. Ungleich schwerer sei die Antwort auf die Frage zu geben: „Was wird aus Preußen?" Auf diese Frage antwortet Dr. Jäneke wie folgt:

„Die gewaltigen Leistungen Preußens unter Stein, Gneisenau, Scharnhorst und Blücher entrissen Deutschland und Europa der Gefahr einer französischen Weltherrschaft, schufen den untergegangenen Begriff „Deutschland" neu. Auf dieser Grundlage errichtete Bismarck unter vollem Einsatz Preußens das Deutsche Reich, die kleindeutsche, föderative, auf den Dynastien ruhende Lösung wählend, weil sie die einzige war, die sich gegenüber allen Widerständen als praktisch möglich erwies. Daß Bismarck diese Lösung nicht als endgültige, sondern als Vorläufer einer stärkeren Einigung Deutschlands ansah, ist aus dem letzten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen" zu entnehmen. . . . Gewiß war dieses Preußen durch das Gewicht seiner Masse ein ungefüger Block im Reich. Schon 1871 ließ es sich schwer in den Rahmen des Ganzen einfügen. Bismarck überwand die Schwierigkeiten, indem er seine Stellung zugleich hob und schwächte. Er gab ihm im Bundesrat, der hierdurch überhaupt erst Sinn und Bedeutung erhielt, weniger als die Hälfte der Stimmen. Aber er schuf ihm durch Personalunion in Krone und Kanzleramt die Stellung der führenden Hausmacht. Hinter dem Reichskanzler stand nicht nur die preußische Armee, sondern die ganze Autorität und Erfahrung preußischer Verwaltung. Dieser kunstvolle Knoten ist in Weimar gelöst. Die notwendige Stärkung der Reichsmacht wurde mit der Schwächung Preußens bezahlt, ohne doch die letzte und in diesem Sinne auch richtige Konsequenz zu ziehen: Aufteilung Preußens in seine Stammländer mit unmittelbarer Reichsangehörigkeit unter Aufnahme der umgebenden Kleinstaaten. Ohne Präsidium und Kanzleramt, im Reichsrat gelähmt durch Verringerung seiner Stimmen, die zur Hälfte an die Provinzen fielen, hat Preußen seine Vormachtsstellung eingebüßt, ohne zugleich auf die Geltendmachung seines großen Uebergewichtes an Land und Menschen verzichten zu können. Aus dem Führer ist so der Konkurrent der anderen Länder geworden. Wenig erquickliche Vorgänge der letzten Jahre — querelles allemandes — sollen mit Schweigen übergangen werden. Bedeutet so das Weiterbestehen des organisch nicht mehr als Vormacht einzugliedernden Preußen in seiner jetzigen Gestalt auf die Dauer eine Gefahr der inneren Einigkeit, so würde der Versuch, durch ein Großpreußen die norddeutschen Kleinstaaten aufzusaugen, eine Katastrophe bedeuten. Kein freier Entschluß, sondern nur Zwang und Aushöhlung der Selbständigkeit würde im Norden ein solches Ergebnis herbeiführen können, ihm stände eine geschlossene Mainlinie im Süden gegenüber. So wird sich letzten Endes eine gangbare Lösung nur darin finden lassen, daß die Länder des Südens gewisse für die Lebenszwecke des Reiches notwendige Zweige ihrer Verwaltung nach und nach abgeben, während die preußischen Provinzen in gleichem Ausmaße stärkere Selbstverwaltung erhalten. Die von beiden Seiten ausgehende Entwicklung trifft sich in der Mitte: Bildung von Reichsländern, in denen zugleich die an die preußischen Provinzen angrenzenden Länder aufgehen können."

Es kann natürlich nicht verkannt werden, daß dem Volksparteiler Dr. Jäneke als letztes Ziel der deutsche Einheitsstaat vorschwebt. Das ist gewiß ein staatspolitisches Ideal. Es fällt uns nicht ein, das zu leugnen. Nur muß der praktische Politiker dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß dieses Ideal in absehbarer Zeit ohne Zwang nicht zu erreichen ist. Deutschland ist dafür heute noch nicht reif, und es ist fraglich, ob es je dafür reif wird. Fürs erste jedenfalls kann die Neugliederung des Reiches, verbunden mit der notwendigen Stärkung der Reichsgewalt, nur auf gemäßigt-föderativer Grundlage erreicht werden: Bestehenlassen der Länder im Süden und Aufteilung Preußens in eine Anzahl Reichsländer unter Angliederung der kleinen norddeutschen Staaten an sie. Hierüber scheint man sich, nach dem Artikel Dr. Jäneckes zu schließen, in dem Vorstand des „Bundes zur Erneuerung des Reiches" durchaus im klaren zu sein.

Der Aufruf trägt die Unterschrift von etwa 200 Persönlichkeiten mit bekanntem Namen. Von uns politisch nahestehenden Männern finden wir folgende unter den Unterzeichnern: Präsident des Preußischen Staatsrats Oberbürgermeister Adenauer, Köln, Oberbürgermeister Bracht, Essen, Geheimrat Louis Hagen, Köln, Landeshauptmann Dr. Horion, Düsseldorf, Redakteur Horndasch, Köln, Oberbürgermeister Dr. Lukaschek, Hindenburg, O.-S., Frhr. von Oer, Haus Egelborg i. W., Reichstagsabg. Dr. Krohne, Berlin, und Abg. von Papen, Haus Meerfeld. Der an der Spitze des Bundes stehende Reichskanzler a. D. Dr. Luther ist als kluger, energischer Kopf bekannt. Daß er als Reichskanzler über seine Flaggenverordnung gescheitert ist, hat für die Aufgabe, die ihm hier gestellt ist, nichts zu sagen, hat auch Demokraten wie den Berliner Oberbürgermeister Böß und Sozialdemokraten wie den Dortmunder Bürgermeister Hirsch nicht abgehalten, dem Bunde beizutreten. Bemerkt sei noch, daß Dr. Luther am gestrigen Montag dem Ministerpräsidenten Dr. Braun einen Besuch gemacht hat, um dem Chef der preußischen Staatsregierung über die Pläne und Ziele des Bundes zu unterrichten. Nach der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin wird eine solche Vorsprache auch bei Herrn Dr. Marx erfolgen. Die Reichsregierung ist übrigens schon seit Wochen über die Vorarbeiten zur Gründung des Bundes laufend unterrichtet worden.

Nicht zu wundern braucht man sich, daß dieser in den offiziellen Kreisen Bayerns keine gute Aufnahme gefunden hat. Nach der „Bayrischen Staatszeitung" steht man dort dem Bund, da er überflüssig sei, ablehnend gegenüber. In Bayern lehnt man eben alles ab, was auf eine Stärkung der Reichsgewalt hinausläuft. Darum läßt sich aber die Verfassungsreform doch nicht aufschieben. Es ist nur darauf zu achten, daß sie Bayern selbst möglichst unberührt läßt.

Um die deutsch-französische Annäherung.

Albert Thomas' Irrtümer.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Januar. (Drahtb.)

Zu den schwersten Hindernissen, die eine deutsch-französische Annäherung verbauen, zählen bekanntlich vor allem zwei Tatsachen: 1. die aufreizende Anwesenheit waffenstarrender fremder Truppen auf deutschem Boden und 2. die französische Weigerung, den deutschen Frondienst auf dem Gebiete der Kriegsentschädigung in vernünftige Grenzen zurückzuführen. Während sich in den übrigen Ländern unserer ehemaligen Kriegsgegner die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ausräumung der zwei genannten Friedenshemmungen schon fast restlos durchgerungen hat, sucht man in maßgebenden französischen Kreisen noch immer an diesen verständigungsfeindlichen Ansprüchen festzuhalten. Freilich fehlt es auch bei den Franzosen nicht an Köpfen, die sich zu einer besseren Einsicht bekannt haben. Zu den freimütigen Aposteln der Vernunft gehört auch Albert Thomas, dessen Sonntagsrede in Bordeaux dem Ziele einer ehrlichen Versöhnungspolitik dienen wollte. Er zeigte ganz offen die Schäden auf, welche eine Besetzung auf Dezennien dauer bis zum Jahre 1935 im Gefolge hätte und kennzeichnete auch den lächerlichen und widersinnigen Charakter der Forderung nach einer Reparationssumme von 132 Milliarden. In einigen Punkten irrt Herr Thomas jedoch, nämlich z. B., wenn er davon spricht, daß die weitere Aufrechterhaltung der Besetzung nur von den „deutschen Nationalisten" als Propagandamittel gegen Frankreich ausgeschlachtet werde. In dem Verlangen nach Freigabe des trotz Locarno, Thoiry und Genf noch immer besetzten rheinischen Bodens sind sich vielmehr sämtliche Deutschen ohne Unterschied der Parteien absolut einig. Auch die Sozialdemokraten machen davon im Prinzip keine Ausnahme, obwohl sie auf der Luxemburger Konferenz der Internationale in übertriebenem Eifer nach Entgegenkommen die Torheit begangen hatten, gewisse Garantien zuzugestehen, falls die besetzten Lande früher geräumt würden. Herrn Thomas sollte es aber nicht verborgen geblieben sein, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes auch eine solche unzulässige Verquickung des Problems der Rheinlandräumung mit der Forderung nach irgendwelchen neuen Konzessionen aufs nachdrücklichste zurückweist. Wir haben einen klaren Rechtsanspruch auf eine baldige Freigabe der besetzten Gebiete, den wir durch keinerlei Gegenleistungen erst zu erwerben brauchen. Der Kaufpreis hierfür ist längst in Locarno, Thoiry und Genf bezahlt worden.

*

Immer wieder die Pfandpolitik.

Paris, 9. Jan. Die „Volonté" fordert heute baldige Verhandlungen mit Deutschland über die Räumung der besetzten Gebiete. Das Blatt fragt: Sollen wir im Rheinland bleiben? Es antwortet mit Nein, denn das Rheinland gebe Frankreich nur eine künstliche Sicherheit und verhindere die deutsch-französische Verständigung, das sicherste Pfand für den Frieden. Das Rheinland freiwillig räumen? Nein, das würde heißen, zu ausschließlich auf das Anwachsen eines problematischen pazifistischen Geistes in Deutschland rechnen. Was notwendig sei, seien Verhandlungen und zwar noch in diesem Jahr. Das Rheinland sei ein Pfand, man müsse es zurückgeben im Austausch gegen Pfänder, die von längerer Dauer sein würden, nämlich die Errichtung einer ständigen internationalen Kontrolle in der entmilitarisierten Zone und Bemühungen Deutschlands um Mobilisierung der Obligationen des Dawesplanes und damit Liquidierung des Finanzpassivums Frankreichs aus dem Kriege.

*

Der moralische Schaden der Rheinlandbesetzung.

London, 8. Jan. Die Wochenschrift „Spectator" sagt in einem Aufsatz über die britischen Streitkräfte am Rhein unter anderm:

Ueber neun Jahre seien vergangen, seit der Waffenstillstand unterzeichnet ist, und noch stünden viele Tausende französischer, belgischer und englischer Truppen in den besetzten Gebieten des Rheinlandes. Natürlich könne man Frankreich und Belgien keinen Rat in dieser Frage geben, aber eine der ersten Taten der britischen Regierung im neuen Jahr hätte ein Beschluß sein müssen, alle britischen Truppen aus Deutschland zurückzuziehen. In den internationalen Beziehungen gebe es eine höhere Autorität als die rechtliche, nämlich das moralische Gesetz. Welche Berechtigung könne jetzt, wo Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei und eine so tätige und wichtige Rolle in Genf spiele, für die Beibehaltung bewaffneter britischer Streitkräfte im Rheinland bestehen? Die Behauptung, daß von deutscher Seite das Verbleiben der britischen Streitkräfte, solange die französischen und belgischen Truppen auf deutschem Boden verbleiben, vorgezogen werde, sei nicht recht glaubhaft. Die große Mehrheit des englischen und deutschen Volkes würde die Zurückziehung der britischen Streitkräfte begrüßen. Ein Deutschland, das berechtigter Beschwerdegründe beraubt wurde, werde eine der stärksten Kräfte beim Wiederaufbau Mitteleuropas auf einer dauernden und friedlichen Grundlage sein.

12 Monate Barmat-Prozeß.

Auch ein Jubiläum.

Von unserer Berliner Redaktion.

÷ Berlin, 9. Jan. (Drahtb.)

Am 11. Januar kann das Kriminalgericht in Moabit ein seltenes Jubiläum feiern. An diesem Tage ist nämlich genau ein Jahr verflossen, seitdem der Barmatprozeß sich vor den Schranken des Gerichtes abspielt. Nimmt man noch die der Hauptverhandlung vorausgehenden Stadien des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens und der Voruntersuchung hinzu, so schwebt der Prozeß gegen Barmat sogar drei Jahre. Man darf also wohl sagen, daß die Barmatverhandlung der erstaunlichste Kriminalprozeß der modernen deutschen Justizgeschichte zu nennen ist.

Welch eine Unsumme von Arbeit, welches Aufgebot von Personalkräften erforderlich war, um diesen Riesenprozeß abzuwickeln, wird erst in seiner vollen Bedeutung klar, wenn man einmal einige statistische Daten aus dem Jubiläumsjahre des Barmatprozesses sich vor Augen hält. Seit Eröffnung der Hauptverhandlung haben im Barmatprozeß 157 Verhandlungstage stattgefunden. Dies ergibt unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Sitzungsdauer von täglich 5 Stunden eine Verhandlungszeit von insgesamt 785 Stunden.

Von den Prozeßbeteiligten hat insbesondere der Verhandlungsleiter, Landgerichtsdirektor Dr. Neumann, ohne Unterbrechung diesen auch physisch ungeheuer anstrengenden Prozeß bis jetzt durchgehalten, ohne eine zeitweilige Vertretung in Anspruch zu nehmen. In der Hauptverhandlung marschierte buchstäblich ein kleines Heer von Zeugen und Sachverständigen auf. Es wurden bisher vom Gericht 400 Zeugen und 50 Sachverständige vernommen. Die Richterbank war nicht nur mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen besetzt, sondern es sind während des ganzen Prozesses als Ersatz für etwaige Ausfälle drei Ersatzrichter und sechs Hilfsschöffen hinzugezogen worden. Im Verlaufe des Prozesses sind 3 der Hilfsschöffen wieder ausgeschieden, weil sie sich nicht ohne Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz uneingeschränkt der Tätigkeit als Volksrichter widmen konnten. Die Schöffen, die jetzt auf der Richterbank amtieren, sind ein Kaufmann, ein Hausverwalter, ein Gemüsehändler ein Fuhrunternehmer und ein Werkmeister. Dem Oberstaatsanwalt assistieren noch vier weitere Staatsanwälte. Als Verteidiger für die 11 Angeklagten sind nicht weniger als 17 Rechtsanwälte tätig. Die Akten sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen, sind also allein eine kleine Bibliothek. Auch die Anklageschrift stellt ein stattliches Druckwerk dar: sie umfaßt nämlich 648 Druckseiten. Bisher sind 59 schriftliche Gutachten von Sachverständigen erstattet worden. Die Protokolle der Hauptverhandlungen füllen allein 7 Aktenbände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr drei Jahre dauernden Strafverfahrens betragen etwa 230000 Mark. Hiervon entfallen etwa 10000 Mark auf die Drucklegung der Anklage.

Ein Abschluß der Verhandlungen läßt sich noch nicht annähernd bestimmen. Wenn sich auch die Beweisaufnahme allmählich dem Ende nähert, so muß doch damit gerechnet werden, daß allein die Plaidoyers der Staatsanwälte und Verteidiger mehrere Wochen in Anspruch nehmen werden. Die Beratung dürfte. Voraussichtlich wird also der Tag der Urteilsverkündung nahe bei den Ostertagen liegen.

Ueber das Schicksal des Reichsschulgesetzes.

(!) Berlin, 9. Jan. Ueber das Schicksal des Reichsschulgesetzes hatte Reichsinnenminister v. Keudell heute im Reichstage eine private Besprechung mit einzelnen Abgeordneten. Die Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses über diese Fragen beginnen am Dienstag nachmittag und werden in den folgenden Tagen fortgesetzt werden. In den Kreisen der

Regierungsparteien beurteilt man, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, die Aussichten für eine Einigung über die Streitfragen des Schulgesetzes diesmal optimistischer und erwartet, daß diese Einigung in wenigen Tagen fertig vorliegen wird. Die Annahme, daß bereits formulierte Vorschläge der Regierung vorlägen, die morgen dem interfraktionellen Ausschuß unterbreitet werden würden, ist allerdings nach unseren Informationen nicht richtig. Diese Formulierung soll erst im interfraktionellen Ausschuß gesucht werden.

Landesparteitag des pfälzischen Zentrums.

von Guérard über Koalition und Schulgesetz.

+ Neustadt, 9. Jan.

Der 4. Parteitag des pfälzischen Zentrums begann am Sonntag vormittag mit einer Delegiertenversammlung. In der am Nachmittag abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung erschien außer dem Fraktionsvorsitzenden von Guérard auch der Vizepräsident des Deutschen Reichstages, Abg. Esser.

von Guérard sprach über die bisherige Politik der Zentrumspartei im Reichstag. Bezüglich der Regensburger Beschlüsse betonte er die Notwendigkeit des Zusammengehens des Zentrums mit der Bayrischen Volkspartei, um einen gegenseitigen Wahlkampf wie im Jahre 1924 zu vermeiden. Er betonte die Geschlossenheit und die Geradlinigkeit der Zentrumspolitik im Reichstag und stellte mit aller Entschiedenheit fest, daß das Zentrum eine ausgesprochen republikanische Partei sei. Die Tradition und die Ehrfurcht vor der großen Vergangenheit Deutschlands dürfte nicht verletzt werden durch das Wort „Reaktion". Das Zentrum lehne nach rechts die Rückkehr zur Monarchie und nach links jede sozialistische Reaktion ab, ebenso entschieden auch die Forderung nach einem sozialistischen Klassenstaat. Das Ziel der Zentrumspartei bleibe der Ausbau des sozialen Volksstaates und die Zusammenfassung aller Kräfte der Nation. Das große soziale Ziel der Zentrumspartei müsse sein, daß auch die Arbeiter immer mehr zu Mitträgern der Wirtschaft gemacht werden, ohne daß die Initiative der Unternehmer dadurch beeinträchtigt werde. Bezüglich des Reichsschulgesetzes erklärte Redner, daß die Zentrumsfraktion von ihrer Forderung nach kirchlicher Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes nicht abgehen werde, selbst wenn daran die Regierungskoalition zerschellen werde. Die kirchliche Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes dürfe in keiner Weise gleichgestellt werden mit der früheren geistlichen Schulaufsicht.

Vizepräsident Esser sprach über Mittelstandsfragen und über seine bisherige Tätigkeit als Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses im Reichstag. Er betonte besonders die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit des Mittelstandes mit der Arbeiterschaft, denn die beste Interessenvertretung des Mittelstandes sei nicht der Kampf gegen die Gewerkschaften, sondern ein Handinhandgehen mit diesen.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in welcher das pfälzische Zentrum erklärt, es bedauere, daß bei den Vereinbarungen zwischen der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum die Mindestforderungen der pfälzischen Zentrumspartei nicht angenommen werden konnten. Das pfälzische Zentrum sei aber gewillt, an der loyalen Durchführung der Regensburger Vereinbarungen mitzuwirken in der Annahme, daß die Entwicklung dahin führen werde, daß recht bald die deutschen Katholiken in der alten Zentrumspartei vereinigt werden.

Ein protestantisches Zentrum?

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 9. Januar. (Drahtb.)

Vor ungefähr Jahresfrist ging durch die Presse eine Meldung, welche besagte, führende evangelische Persönlichkeiten hätten die Absicht, eine neue Partei zu gründen, die dem Zentrum in den Hauptzügen ähnlich sein soll. Von einem tatsächlichen Gründungsakt vernahm man jedoch nichts, und allgemein war daraufhin die Auffassung verbreitet, die damals gehegten Pläne seien völlig aufgegeben. Nunmehr scheint es aber, als ob doch noch gewisse Absichten vorhanden seien, einer neuen Partei zum Leben zu verhelfen. In der Montag-Abendausgabe der „Kreuzzeitung" steht nämlich folgendes zu lesen:

„Sicherem Vernehmen nach beabsichtigt der „Christliche Volksdienst", der bereits bei den letzten Gemeindewahlen einige Erfolge zu verzeichnen hatte, bei den nächsten Wahlen selbständig vorzugehen und eine eigene Reichsliste aufzustellen, an deren Spitze der 70jährige Missionsdirektor Spieker steht. Pfarrer Fikentscher und andere evangelische Geistliche aus Süd- und Mitteldeutschland, wie Pfarrer Weidner, stehen neben ihm in führender Stelle der neuen Partei, die eine Art von protestantischem Zentrum zu werden strebt. Hingegen haben sich Persönlichkeiten, wie der ehemalige Reichskanzler Michaelis, Dr. Philipps und andere namhafte evangelische Führer entschieden gegen den Plan einer neuen Parteibildung ausgesprochen."

Vom Standpunkt des Zentrums aus läßt sich gegen diese Bestrebungen zur Gründung einer großen starken Mittelpartei, welcher in der Hauptsache evangelische Wähler angehören sollen, durchaus nichts einwenden. Man könnte in diesem Sinne vielleicht an eine freikonservative Partei denken, wie sie vor der Zeit des Umsturzes bestand. Das Vorhandensein einer solchen Partei könnte wesentlich zur Stabilisierung des politisch-parlamentarischen Lebens beitragen. Bei der Existenz einer solchen Partei wären die Kabinettsbildungen wahrscheinlich von weniger Schwierigkeiten heimgesucht, als dies bisher meistenteils der Fall war. Wenn jedoch die Absichten derart sind, daß ein kleines Grüppchen von mehr oder weniger unbekannten Politikern mit seinen Bemühungen nur zur Bildung einer neuen Zwitterpartei beiträgt, so wäre es besser, einem solchen Gebilde schon in der Stunde des Entstehens den verdienten Untergang zu wünschen An unnützen, überflüssigen kleinen Parteichen und anderen Gebilden, die sich Partei nennen, haben wir leider mehr als genug. Sollte es sich also bei dem von der „Kreuzzeitung" erwähnten „protestantischen Zentrum" nur um eine der vielen Splitterparteien handeln, dann hätten wir den zwar nicht frommen, aber immerhin ehrlichen Wunsch, daß die Gründer mit ihrem Unternehmen ein völliges Fiasko erleben möchten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns für die Wahlrechtsreform.

:: Ravensburg, 8. Jan. In einer überaus stark besuchten Zentrumsversammlung sprach hier Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Eingangs streifte der Redner das Nachlassen des politischen Interesses und des politischen Kampfes. Es liege einmal bei unserem Wahlsystem, das zu große Wahlkreise geschaffen habe und an das Vierlistensystem gebunden sei. Dadurch habe die Wählerschaft mit den Abgeordneten zu wenig Fühlung. Man wähle heute weniger die Abgeordneten als die Partei. Es liege noch daran, daß die eigentlichen Hauptwahlen keine Neuwahlen seien, sondern daß ein erledigter Abgeordnetenposten durch Aufrücken des auf der vor Jahren gewählten Liste nächststehenden Abgeordneten wieder besetzt werde. Für die Zukunft und besonders für eine demokratische Verfassung müsse dieses Wahlrecht reformiert werden. Zum Schluß nahm Dr. Brauns über Verwaltungsreform das Wort. Nicht durch Schlagworte sei diese Frage zu lösen, man wolle nicht aus dem ganzen Reiche eine Regierung aller in Berlin machen, man wolle aber auch keine neue Mainlinie, sondern den wirklich nationalen Staat. Reichsarbeitsminister Brauns sagte: Die politische Lage der Gegenwart sei äußerst schwer. Das Reparationsproblem trete erneut in den Vordergrund. Hierin liege die schwierige Außenpolitische Lage Deutschlands. Wir müßten danach streben, daß wir in Mitteleuropa durch Verständigung der Staaten zur Wegräumung der vielen durch den Versailler Vertrag errichteten Schranken kämen. Zur wirtschaftlichen Lage übergehend, sagte der Minister: Wir seien noch nicht über den Berg, und das Wesentliche dabei sei, daß wir alles, was wir erreichten, mit fremden Gelde erreicht hätten. Das bedeute, daß wir viel Zinsen zahlen müßten, daß wir alle sparsamer leben, und daß die Unternehmergewinne geringer sein müßten.

Ein schwedischer Schiedsvertragsentwurf.

Genf, 9. Jan. Die schwedische Regierung hat auf Grund der Aufforderung des Sicherheitsausschusses dem Generalsekretär des Völkerbundes einen Entwurf für einen internationalen Schieds- und Vergleichsvertrag übermittelt, der als Basis für die weiteren Arbeiten des am 20. Februar zusammentretenden Sicherheitsausschusses dient. Der Entwurf ist auf dem Grundsatz des Locarnopaktes aufgebaut und sieht die Regelung juristischer Streitfälle durch den Haager Schiedsgerichtshof und die Regelung politischer Streitigkeiten durch ein besonderes Vergleichsverfahren vor einem Vergleichskomitee vor. Falls das Vergleichsverfahren ergebnislos verläuft, soll nach dem Entwurf der Konflikt vor den Völkerbundsrat gelangen.

In einem längeren Memorandum, das dem Entwurf beigefügt ist, weist die schwedische Regierung darauf hin, daß ähnliche Bestimmungen, wie sie der Entwurf enthalte, bereits in einer Reihe direkter internationaler Abmachungen enthalten seien. Diese Abmachungen müßten nunmehr entsprechend den Beschlüssen der letzten Völkerbundsversammlung verallgemeinert werden. Das in dem Entwurf vorgesehene Vergleichsverfahren für politische Streitigkeiten habe den Vorteil, daß der Völkerbundsrat sich nur mit Streitfällen zu befassen haben würde, die bereits Gegenstand eines unparteiischen eingehenden Verfahrens gewesen sind. Hierdurch würde die weitere Behandlung der politischen Streitfälle vor den Völkerbundsrat wesentlich vereinfacht und die Herbeiführung definitiver Entscheidungen leichter sein.

Der Berufungsprozeß Treskow-Badicke.

Vergleichsversuche gescheitert.

○ Berlin, 9. Januar.

Vor der Strafkammer des Landgerichts 1 begann heute vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Paulus die Berufungsverhandlung im Beleidigungsprozeß des Rittergutsbesitzers Hasso von Treskow gegen den Rittergutsbesitzer Major a. D. Badicke.

Wie erinnerlich, war über Herrn v. Treskow von seinen Standesgenossen der gesellschaftliche Boykott verhängt worden, weil nach Ansicht der dortigen Großgrundbesitzer Herr v. Treskow sich eines schweren Vertrauensbruchs schuldig gemacht habe. Herr Badicke hatte in einigen Blättern die Behauptung verbreitet, daß Herr v. Treskow im Frühjahr 1927 aus dem Grundbesitzerverein ausgeschlossen und gemaßregelt worden sei, weil er die allgemeinen Landesinteressen aufs schwerste gefährdet habe. Ihm wurde vorgeworfen, er habe als Komtur der Ballei Neumark des Jungdeutschen Ordens dieser Organisation Material geliefert, das dann später Mahrun für seine bekannte Denkschrift verwandt habe. Die erste Verhandlung hatte mit einer Verurteilung des Majors Badicke zu einer Geldstrafe von 500 ℳ und Zahlung der Kosten des Verfahrens geendet. In der Urteilsbegründung hieß es, die Beweisaufnahme habe ergeben, daß Herr v. Treskow sich weder eines Vertrauensmißbrauchs noch einer Schädigung der Landesinteressen schuldig gemacht habe. Unter den Zeugen für die Berufungsverhandlung befindet sich auch Reichsminister des Innern v. Keudell, der bekanntlich sich an der gesellschaftlichen Aechtung v. Treskows beteiligt hatte. In erster Linie deswegen ist die Oeffentlichkeit an dem Ausgang dieses Prozesses stark interessiert. Denn als im Reichstag gegen den neuen Innenminister der Vorwurf erhoben wurde, er habe sich diesem Boykott angeschlossen, trat Reichskanzler Dr. Marx für ihn mit der Erklärung ein, v. Treskow habe sich eines „groben Vertrauensbruches" schuldig gemacht.

Gleich nach Eröffnung der heutigen Verhandlung fragte der Vorsitzende die Prozeßbeteiligten, ob nicht eine Vergleichsmöglichkeit bestehe, der nach seiner Meinung nichts im Wege stände. Major a. D. Badicke lehnte einen Vergleich mit dem Hinweis darauf ab, daß der ihm gemachte schwere Vorwurf der Unwahrhaftigkeit entkräftet werden müsse.

Darauf sollte die Vernehmung des Beklagten beginnen, aber sein Verteidiger Justizrat Dr. Hahn beantragte den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts, die Oeffentlichkeit zunächst für die Begründung des Antrages des Justizrats Dr. Hahn auszuschließen. Der Ausschluß betraf auch die Vertreter der Presse.

Die nicht öffentliche Verhandlung zog sich über anderthalb Stunden hin. Nachdem Justizrat Hahn seine Gründe zur Ladung militärischer Sachverständiger vorgetragen hatte, regte der Vorsitzende abermals Vergleichsverhandlungen an. Der Beklagte, Major Badicke, war bereit, in einen Vergleich zu willigen, falls Minister v. Keudell erklären würde, er habe sich davon überzeugt, daß die von ihm und seinen Freunden geleitete Organisation keinerlei Putschabsichten gehabt habe.

Rechtsanwalt Dr. Kunz, der Verteidiger v. Treskows, erhob Einspruch dagegen, daß diese Vergleichsverhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfänden. Schließlich ließ der Vorsitzende — noch immer unter völligem Ausschluß der gesamten Oeffentlichkeit — die als militärische Sachverständige benannten Herren, Oberst v. Hammerstein und Generalmajor Salzenberg, in den Saal rufen, damit beide an dem Vergleich mitwirken sollten.

Die vertraulichen Verhandlungen wurden nach 12,30 Uhr mittags durch eine Pause unterbrochen. Während der Pause waren noch Besprechungen zwischen den Prozeßparteien, als deren Ergebnis bekanntgegeben wurde, daß die Vergleichsverhandlungen gescheitert seien.

Nach der Pause verkündete der Vorsitzende als Gerichtsbeschluß, daß Major v. Hammerstein vom Reichswehrministerium und Generalleutnant a. D. Salzenberg als Sachverständige vernommen werden sollen. Außerdem habe das Gericht beschlossen, zunächst während der Vernehmung des Angeklagten die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen.

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten Badicke der Sachverständige des Reichswehrministeriums, Major v. Hammerstein vernommen. Hierauf folgte dann in öffentlicher Sitzung die Vernehmung der Zeugen. Leutnant a. D. Preuß gab an, er habe über eine Versammlung in Königsberg (Neumark), die mit Selbstschutzbestrebungen zusammenhing, dem Herrn von der Lanken Mitteilungen gemacht, wobei der Privatkläger Herr v. Treskow zugegen gewesen sei. Er, der Zeuge, habe ausdrücklich betont, daß die Mitteilungen vertraulich bleiben müßten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es sich dabei um illegale Dinge oder um Putschpläne des Beklagten Badicke gehandelt habe, erklärte der Zeuge, daß niemals er oder der Major Badicke an Putschpläne gedacht hätten. Es habe sich darum gehandelt, für den Fall, daß der Artikel 48 Anwendung finde, oder ein Einfall von Polen drohte, Selbstschutzkompagnien zur Ergänzung der Reichswehr auf dem flachen Lande aufzustellen. Der Zeuge Gutsbesitzer von der Lanken, der Schwager des Privatklägers, schilderte die Unterredung in ähnlicher Weise wie der Zeuge Preuß. Putschabsichten habe niemand gehabt.

Der Vorsitzende bemerkte im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung, es sei bedauerlich, daß sich der Prozeß halböffentlich und halb nichtöffentlich abspiele. Da das Gericht aber angenommen habe, daß die Staatssicherheit gefährdet werden könnte — aus anderen Gründen als vielleicht in der Presse angenommen werde —, so lasse sich dieses Verfahren nicht umgehen. Nachdem noch Major v. Hammerstein erklärt hatte, daß er gern bereit sein würde, in geheimer Sitzung über die Waffenlieferungen restlos Aufschluß zu geben, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Für die Plädoyers wurde die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

Keine Vernehmung v. Keudells.

◆ Berlin, 9. Jan. Im weiteren Verlaufe des Beleidigungsprozesses v. Treskow — Badicke wurde in der achten Stunde mitgeteilt, daß die Oeffentlichkeit nicht mehr hergestellt werde. Der Vorsitzende ließ dem Reichsminister des Innern von Keudell mitteilen, daß auf seine Zeugenschaft verzichtet werde. Das Urteil soll am Dienstag 12,30 Uhr verkündet werden.

In die Verbannung!

30 Oppositionsführer in Sowjetrußland zur Verschickung verurteilt.

◈ Berlin, 9. Jan. Das „Berliner Tageblatt" meldet als verspätet aus Moskau eingetroffen, daß die Staatspolizei zur Verschickung zahlreicher führender Persönlichkeiten der Opposition übergegangen sei. 30 der hervorragendsten Mitglieder der Opposition hätten bereits den Befehl zur Abreise erhalten, ohne genaue Angabe ihres Bestimmungsortes; jedoch sei das ganze unwirtliche und für derartige Maßnahmen so geeignete europäische und asiatische Rußland in Anspruch genommen worden, von Archangelsk bis Mittel-Asien und Sibirien. Ein Teil der Verurteilten sei bereits deportiert. Es bestehe nicht mehr der mindeste Zweifel daran, daß Trotzki, Radek, Jewdokimow, Rakowski und auch Kamenew und Sinowjew verbannt werden sollen. Man hätte erfolglos versucht, diese Verbannungen unter der Flagge „Zuweisung von Parteiarbeit" vorzunehmen, obgleich alle diese Personen nicht mehr der Partei angehörten. Die 30 würden wegen „Konterrevolution" verurteilt. Rakowski solle im Gouvernement Wiatka untergebracht werden, 500 Klm. von der nächsten Eisenbahnstation entfernt. Unter den Verbannten, so heißt es, befinden sich auch Sebrialow, Smilga und der Feuilletonist Sossnowski sowie andere Journalisten. Es heißt weiter, daß sich unter den Verbannten zwei Sowjetbotschafter, die noch vor kurzem die Sowjetunion im Auslande repräsentierten, befänden. Zu den Verurteilten soll auch Beloborodow, der frühere Innenminister und Exekutor des Zaren, gehören.

*

Drei Finnen in Leningrad zum Tode verurteilt.

:: London, 9. Jan. Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist der vor dem Militärtribunal in Leningrad durchgeführte Prozeß gegen 15 Finnländer, die der Sammlung von Informationen über die Kommunistische Partei, die Sowjeteisenbahnen und anderer Sowjetstaatsgeheimnisse beschuldigt waren, mit dem Todesurteil gegen drei der Angeklagten beendet worden. Die November-Amnestie wird auf zwei der Verhafteten angewandt, deren Strafen in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt werden, während der dritte Verurteilte hingerichtet wird.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsbeginn der Landtagsausschüsse.

◆ Berlin, 9. Jan. Der preußische Landtag nimmt am heutigen Montag seine Ausschußberatungen wieder auf. Der Hauptausschuß wird die Vorberatung des Haushalts mit dem Landwirtschaftshaushalt beginnen. Außerdem sollen bis zum Beginn der Plenarverhandlungen in der kommenden Woche noch eine Reihe weiterer Etats erledigt werden, so neben kleinen Etats die Haushalte der Forst- Gestüts- und Domänenverwaltung. Der Städtebauausschuß des Landtages wird gleichfalls am Montag nachmittag seine Beratungen wieder aufnehmen.

Freiherr v. Maltzan der Deutschen Volkspartei beigetreten.

:: Berlin, 9. Jan. Der frühere Vorsitzende der Fraktion Arbeitsgemeinschaft im preußischen Staatsrat, Freiherr v. Maltzan, der bisher der Deutschnationalen Volkspartei angehörte, ist laut „Täglicher Rundschau", der Deutschen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Explosion in einem amerikanischen Kohlenbergwerk.

◇ West-Frankfort, (Illinois), 9. Jan. In einem Kohlenbergwerk der Industrial Coal Company ereignete sich in einer Tiefe von 600 Fuß eine schwere Explosion. Von der 700 Mann starken Belegschaft konnte sich der größte Teil retten. 93 Arbeiter wurden jedoch durch Rauch und Kohlenstaub abgeschnitten. Man befürchtet, daß eine Anzahl von ihnen getötet oder verletzt worden ist.

Die Explosion erfolgte in einer Entfernung von etwa einer Meile vom unteren Ende des Schachtes, kurz nachdem die Tagesschicht um 7,30 Uhr die Arbeit begonnen hatte. Man versucht die Ventilation der Grube wieder in Gang zu setzen, um die Lage der Verschütteten zu erleichtern. Am Grubeneingang warten etwa 1500 Personen, meistens Angehörige der Verschütteten, auf weitere Nachrichten.

Nach den bisherigen Feststellungen wurden bei der Bergwerksexplosion zwei Arbeiter getötet. Die Verschütteten konnten bis auf 24 befreit werden.

Die Explosion in Dahlem.

× Berlin, 9. Jan. Zu dem Explosionsunglück in Dahlem berichtet die „B. Z.", daß der Mitinhaber der Villa Weingärtner noch in der vergangenen Nacht von der Kriminalpolizei vernommen wurde. Wie bisher festgestellt wurde, befanden sich in dem Laboratorium hochexplosive Chemikalien, obwohl der Betrieb nur als kosmetisches Laboratorium bei der Polizei gemeldet war. Bei der Vernehmung der Hausbewohner stellte sich heraus, daß schon mehrfach kleinere Explosionen vorgekommen waren. Die vorgefundenen Behälter mit Sprengstoffen wurden von der Polizei versiegelt. Auf Grund der bisherigen Feststellungen hat laut „Berliner Tageblatt" die Staatsanwaltschaft ein Ermittelungsverfahren gegen den Kaufmann Robert Weingärtner wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz eingeleitet. Auch hat die Staatsanwaltschaft die Obduktion der beiden tödlich verunglückten Opfer angeordnet.

Die Darstellung eines Augenzeugen.

Berlin, 9. Jan. Folgender Bericht eines Augenzeugen ist von Interesse: Ich fuhr auf meinem Rad kurz vor 9,30 Uhr durch die Parkstraße. Plötzlich empfand ich einen ungeheuern Luftdruck, wurde mit meinem Rad mehrere Meter weit über die Straße geschleudert und stürzte an einem Baum nieder. Gleichzeitig ertönte ein furchtbarer Knall; ich fühlte, wie die Erde bebte, und sah das Dach des Garagenhauses, vor dem ich mich unmittelbar befand, im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft fliegen. Es schlug mit ungeheuerm Getöse nieder nach unten. Dann flogen noch Betten, Kleider, Teile von Möbeln in der Luft umher, und ein Steinregen prasselte neben mir nieder. Ich sah auf meine Uhr, es war 9,29 Uhr. Aus der Eingangstür der Villa neben dem Garagenhaus stürzten — alles war noch in einem grauen Rauch von Staub gehüllt — ein paar schreiende Frauen. Ich sprang auf und eilte auf sie zu. Da kam aus der Eingangstür ein Mann, dessen Haare, Gesicht und Anzug völlig in weißen Kalk gehüllt waren. Er packte mich am Arm und schrie: „Hat Stammer experimentiert?" Es war der Mitbesitzer des Hauses, der Kaufmann Weingärtner. Er leitete gemeinsam mit seinem Schwager Stammer die chemischen Werke Weingärtner u. Co., Kommanditgesellschaft, die sich vor allem mit der Herstellung von Gesundheitstee, von „Lebenselizieren" und andern medikamentähnlichen Essenzen befaßte. Daneben wurden, wie sich jetzt herausstellt, sogenannte Knallkapseln für die Eisenbahnverwaltung hergestellt oder vertrieben. Die Arbeiten wurden in einem im Keller angelegten großen chemischen Laboratorium hergestellt, in dem auch oft experimentiert wurde. Neben diesem Laboratorium befand sich ein Lagerkeller und über diesem die Portierwohnung. Darüber lag eine Küche des Villenbesitzers und im zweiten Stock das Zimmer von Professor Blancke. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Arbeit der beiden Chemiker in dem Laboratorium ganz unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geschehen ist. Nicht einmal die Hausbewohner wußten, was eigentlich dort hergestellt wurde. Man hatte ihnen gesagt, daß die Chemiker dort Tee und Schönheitsmittel herstellten. Jedenfalls war der Polizei nicht gemeldet worden, daß in dem Haus Explosivstoffe lagerten und Versuche damit gemacht wurden. Keinesfalls wäre die Genehmigung dazu erteilt worden. Derartige Versuche dürfen nach den polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften nur außerhalb der Wohnbezirke in völlig gesicherten und mit Wällen umgebenen Räumen gemacht werden.

Keine gefüllten Bomben gefunden.

× Berlin, 9. Jan. Der Polizeipräsident teilt mit: Ein Teil der heutigen Morgenpresse bringt die Nachricht, daß auf dem Villengrundstück in Dahlem, wo dem am gestrigen Sonntag eine Explosion stattgefunden hat, zwei Fliegerbomben gefunden worden seien. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um zwei leere Hülsen. Dieser Fund erklärt sich daraus, daß die Firma Weingärtner und Stammer zur Kriegszeit in Pelten Fliegerbomben hergestellt hat. Dieser Betrieb ist im Jahre 1918 eingestellt worden. Bei den aufgefundenen Hülsen handelt es sich daher lediglich um Andenken an die Kriegszeit.

Weingärtner verhaftet.

Berlin, 9. Jan. Die Kriminalpolizei hat heute Generalkonsul Robert Weingärtner wegen fahrlässiger Tötung sowie wegen Verbrechens und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet. Die Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstelle in Dahlem sind im Laufe des Montags beendet worden. Alles Material, das irgendwie über die Ursache der Explosion Aufschluß geben kann, wurde polizeilich sichergestellt und der chemisch-technischen Reichsanstalt überwiesen.

An der Unglücksstelle in der Landsberger Allee hat die Feuerwehr am Montag die Aufräumungsarbeiten eingestellt. Von Dienstag ab werden nur noch Arbeiter von Privatbetrieben tätig sein. Sämtliche Mieter des Unglückshauses haben bereits andere Wohnungen zugewiesen erhalten.

25 Todesopfer einer Alkoholvergiftung.

Madrid, 9. Jan. Nach dem Genuß von Schnaps, der aus Methylalkohol hergestellt war, erkrankten in Larache 40 Personen unter schweren Vergiftungserscheinungen. 25 Erkrankte sind bereits gestorben.

*

Schmelzofenexplosion.

× Berlin, 9. Jan. Heute früh explodierte im Metallwerke Lecker aus bisher nicht aufgeklärter Ursache ein Rotgußkessel. Ein Metallarbeiter trug leichte Brandverletzungen davon.

Der Hochverratsprozeß gegen Becher vertagt.

Leipzig, 9. Jan. Die Verhandlung gegen den Dichter Johann R. Becher wegen Hochverrats, die am 16. Januar vor dem Reichsgericht stattfinden sollte, wurde auf Mitte März vertagt. Der Grund der Vertagung liegt in der Verhinderung eines Sachverständigen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 10. Januar 1928.

Aus der Bocholter Zentrumspartei.

Am Freitag abend 8,30 Uhr findet im Musiksaal des Gesellenhauses ein Aussprache-Abend statt, zu dem die Vertrauensleute der Bocholter Zentrumspartei eingeladen werden. Außer allgemeinen politischen Mitteilungen werden auch kommunale Fragen zur Sprache kommen und zwar besonders über das Bildungswesen (Volksschule, Fortbildungsschule, Gymnasium, Mädchenbildung).

* * *

z. **Winter-Konzert des M. G. V. „Sängerlust".** Das diesjährige Winter-Konzert, das der Männer-Gesang-Verein „Sängerlust" am Sonntag im Gesellenhause veranstaltete, war ein voller Erfolg. Der große Saal war voll besetzt. Und die Besucher erlebten die reibungslose Wiedergabe eines vorzüglich zusammengestellten Programms, das an das Können der Mitwirkenden hohe Anforderungen stellte. Der Chor bot zunächst im ersten Teil die beiden bekannten Heimatlieder „Mein Heimattal" von K. Kern und „Das stille Tal" von J. Schwarz, ferner die um ihres lyrischen Stimmungsgehaltes reizvollen Lieder „Wie die wilde Ros' im Wald" von F. Mair und „Ständchen im Süden" von B. Kohl. Der erste Teil schloß dann mit dem Chorlied „Das Glöcklein" von H. Greumers und Beethovens ewiger „Hymne an die Nacht". Im 2. Teil kamen zum Vortrag „Jungkönig Lenz" von H. Jüngst, „Der Spielmann" von E. Kraemer, „Hänsel und Gretel" von B. Kahl und „Kirmes im Dorf" von J. Neurath. Im Großen und Ganzen verdient die Vortragskunst des Chores ein volles Lob. Das im Tenor etwas schwache, aber sonst vorzügliche Stimmaterial ließ sorgsamste Schulung erkennen und wurde durch die energische und verständnisvolle Führung seines Dirigenten Herrn Rektor Dumstorff zu einer glücklichen Gesamtwirkung gebracht, die als schöne Leistung anerkannt werden muß. Die Zuhörer dankten für die einzelnen Darbietungen durch lebhaften Beifall, der zeitweise so stürmisch wurde, daß sich der Chor zu einer Zugabe verstehen mußte. — Die Vortragsfolge fand eine wertvolle und genußreiche Steigerung durch die Violinsoli des Violinvirtuosen Fred Rothpletz, in dem wir einen Meister auf der Geige kennen lernten. Die einzelnen Soli „Sonate E-Dur" von Händel, „Romanze F-Dur" von Beethoven, „Aria" von Bach, „Slavischer Tanz" von Dvorak-Kreisler, „Caprice" von Paganini-Kreisler und „Sarasate" (Zigeunerweisen) verrieten eine meisterhafte Technik und eine künstlerische Ausdruckskraft, wie man sie nur selten hört. Durch sein seelenvolles Spiel und seine elegante Vortragskunst gewann sich Rothpletz schnell die Anerkennung der Besucher, die jeder seiner Darbietungen dankbaren Beifall spendeten und verschiedentlich Zugaben forderten. Der Künstler wurde durch die Pianistin Frau Maria Bruhnhuber, Köln auf dem neuen Flügel des Gesellenhauses verständnisvoll begleitet, so daß auch der instrumentale Teil des Programms einen hohen künstlerischen Genuß bot. Der Männer-Gesang-Verein „Sängerlust" darf mit dem Erfolg seines Winter-Konzertes voll und ganz zufrieden sein.

n. **Musik-Verein. — Bruch „Das Lied von der Glocke".** Für die Aufführung dieses Chorwerkes, die, wie bereits mitgeteilt, am Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr im Schützenhaus stattfindet, hat der Verein 4 Solisten verpflichtet, die im Verein mit Chor und Orchester eine gute Wiedergabe des Werkes verbürgen. Henny Wolff, Berlin (Sopran) zählt heute zu den ersten Vertreterinnen ihres Faches. Dazu macht sie ihr stark entwickeltes Stilgefühl, ihre hohe Musikalität und die mühelose Höhe ihres kraftvollen Soprans. Sie dürfte auch von früheren Aufführungen her hier bestens bekannt sein. Die Altpartie ist in die Hände der Kammersängerin Kuhl-Dahlmann aus Köln gelegt. Von ihr schreibt die Kritik: „Von den Solisten muß in erster Linie der Kammersängerin Ida Kuhl-Dahlmann gedacht werden, die als Altistin großen Stils die Aufmerksamkeit fesselte. Das weiche, sehr dunkel gefärbte Organ verrät hohe Musikalität. Färbung des Tones und Wärme des Vortrages sichern ihr immer einen bevorzugten Platz." Die umfangreiche Tenorpartie des Werkes hat August Richter, Köln übernommen. Er ist in Westdeutschland einer der bekanntesten Tenoristen mit ungewöhnlich hoher gesanglicher Kultur, der mit hohem künstlerischem Ernst an jede Aufgabe herantritt. — Walter Sommermeyer aus Hamburg setzt sich stark für neue Musik ein. So schreibt Prof. Karl Wolff bei Gelegenheit der Aufführung von „Vita nuova" von Wolf-Ferrari von ihm: „Eine bis ins Kleinste durchdachte künstlerische Leistung war die Durchführung der umfangreichen und schwierigen Baritonpartie durch Walter Sommermeyer aus Hamburg. Wir kennen ihn schon lange als intelligenten, geschmackvollen Sänger und müssen seine Ausdeutung der Rolle Dantes zu seinen besten Leistungen zählen. Es wurde der Versuch gemacht, einiges aus dem Prosatext zum besseren Verständnis zu deklamieren; dank der feinen kultivierten Sprechkunst Sommermeyers gelang der Versuch aufs beste." — Der Kartenvorverkauf in der Buchhandlung Neyenhaus ist bereits eröffnet. Dort und in der Buchhandlung Temming und Heilborn sind Textbücher und auf Bestellung auch Erläuterungen zu dem Werk käuflich.

z. **Kath. Deutscher Frauenbund.** Anmeldungen zum Nähkursus werden am morgigen Mittwoch in der Rechtsschutzstelle, Realschulstraße, entgegen genommen.

n. **Arbeiterverein St. Josef.** Auch an dieser Stelle seien die Vereinsmitglieder auf den Vortrag des hochw. Herrn Pater Liborius Geukes aufmerksam gemacht. Er findet statt am morgigen Mittwoch, abends 8¼ Uhr pünktlich und zwar im großen Saale; auch die Frauen der Mitglieder nebst erwachsenen Angehörigen sind freundlichst dazu eingeladen.

n. **3. Aufführung „Die Ausgestoßene" im Arbeiterverein St. Josef.** Wie zu erwarten stand, war der Andrang zur zweiten Aufführung „Die Ausgestoßene" wieder sehr stark. Wiederum kargten die Erschienenen nicht mit lebhaftem Beifall. Am nächsten Sonntag findet noch eine dritte Aufführung statt. Der Kartenverkauf dafür beginnt am Mittwoch in gewohnter Weise im Arbeiterverein St. Josef, Hohenzollernstraße 48.

z. **Bauern-Versammlung in Bocholt.** Am morgigen Mittwoch, nachmittags 2,30 Uhr findet im „Bürgerkrug" in Bocholt eine Versammlung des Westfälischen Bauernvereins statt. Die Tagesordnung, die eine Reihe wichtiger Punkte aufweist, ist aus der Anzeige zu ersehen.

n. **Geflügel-Ausstellung.** Die Meldeliste für die große Geflügelschau des Kreisverbandes ist abgeschlossen. Soweit sich bis jetzt feststellen läßt, wird diese Schau, was Reichhaltigkeit anbetrifft, alle bisherigen übertreffen. Die Aussteller müssen in diesen Tagen ihre mit Nummern versehenen Anmeldebogen bei Herrn Paul Wink abholen. Am Freitag abend ab 6 Uhr wird mit dem Einsetzen der Tiere begonnen. Am Samstag vormittag wird gerichtet.

n. **Kreisverband der Geflügelzuchtvereine des Kreises Borken.** Gelegentlich der Verbands-Ausstellung in Bocholt findet hier am Samstag, den 14. Januar, nachmittags 5,30 Uhr im „Großen Kurfürsten" ein Kreisverbandstag statt, auf den die Mitglieder der angeschlossenen Vereine hiermit noch besonders hingewiesen werden.

n. **Bocholter Stenographen-Verein „Stolze Schrey".** Der Bocholter Stenographen-Verein „Stolze Schrey" nahm am 7. ds. Mts. mit einer stattlichen Anzahl, einer Einladung des Brudervereins Wesel folgend, an dem 34. Stiftungsfeste des Vereins Wesel, verbunden mit der Feier des 30 jährigen Bestehens der Schule Stolze-Schrey teil. Außer dem Bocholter Verein waren mehrere Vereine des Niederrheinkreises Stolze-Schreyscher Stenographen vertreten. Der 1. Vorsitzende des Weseler Vereins, Vermessungsinspektor Jakob Ritzer, gab nach den Begrüßungsworten in einer markigen Ansprache einen kurzen Ueberblick über die stenographische Lage. Er führte u. a. aus, daß das diktatorische Vorgehen der Reichsregierung, auf dem stenographischen Gebiete eine Einheit zu erzwingen, bis heute nicht zum Ziele geführt haben, trotz Aufwendung erheblicher Reichsmittel. Sie habe mit der Schaffung der Reichskurzschrift (R. K. S.) einen Wirrwarr übelster Art hervorgerufen. Von einer Einheit sei gar keine Rede. Die Einführung der R. K. S. sei ein Kulturrückschritt. Wegen ihrer schweren Erlernbarkeit würde sie niemals eine Volkskurzschrift werden. Die Schule Stolze-Schrey sei auch heute noch bereit, an dem Werk der Einigung mitzuarbeiten. Jedoch käme nur eine Kurzschrift in Frage, die besser und leichter erlernbar sei, als die bisherigen Systeme. Bis heute sei das System Stolze-Schrey immer noch das am leichtesten erlernbare, was selbst von den Anhängern und Führern der R. K. S. anerkannt würde. Daher würde die Schule Stolze-Schrey nach wie vor an dem Besseren festhalten, bis zur Schaffung einer wahren Volkskurzschrift. Die Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Nach einigen wohlgelungenen Theaterstücken und sonstigen Darbietungen blieben die Teilnehmer in froher Festesstimmung noch einige Stunden gemütlich beisammen.

* * *

3. **Werth,** 10. Jan. **Hohes Alter.** Am gestrigen Tage konnte Herr Theodor Parras von hier in voller geistiger und körperlicher Rüstigkeit und Frische sein 80. Lebensjahr vollenden. Der Jubilar, ein Veteran aus dem Kriege von 1870/71, erfreut sich bei seinen Mitbürgern großer Beliebtheit. Möge ihm noch ein langer schöner Lebensabend beschieden sein.

L. **Anholt,** 9. Jan. **Jünglings-Exerzitien.** Wie bereits des öfteren, so wurden in den Tagen vom 6.—8. Januar im Rektorat in Anholt wieder Exerzitien für Jünglinge abgehalten. 46 Jungmänner aus Anholt und Umgebung haben in diesen Tagen wieder einem Pater der Gesellschaft Jesu zu Füßen gesessen, haben seinen Ausführungen gelauscht und sich dort Kraft geholt für die Kämpfe und Stürme ihres ferneren Lebensweges. Für denjenigen, der einmal Exerzitien gemacht, der ihren Wert an sich verspürt hat, haben diese das „Unheimliche", das sie für Außenstehende immer noch haben, längst verloren. Es ist unverständlich, daß den Exerzitien gegenüber bei vielen und oft nicht bei den schlechtesten, immer noch ein gewisses Mißtrauen und eine Abneigung besteht. Denn gerade in der Einsamkeit der Exerzitien bilden sich die Charaktere, die ohne Menschenfurcht unbekümmert und zielbewußt ihren Weg gehen im Sinne wahren Christentums. Nicht der hat gute Exerzitien gemacht, der in ein frömmelndes Scheinheiligtum verfällt, sondern derjenige, der nach den Exerzitien praktisches Christentum pflegt im Sinne treuer Pflichterfüllung. Dieses kam in den Vorträgen des Paters Exerzitienmeister zum Ausdruck, der die Jungmänner ermahnte, sich vom Durchschnittstyp des Massenmenschen abzusondern und sich zu ganzen Männern heranzubilden, die frei und unbeirrt ihren Lebensweg gehen und sich durch nichts von dem einmal als richtig erkannten Ziel abhalten lassen. Zu Männern und vor allem zu Katholiken der Tat, die wissen, was sie wollen, und tun, was sie sollen. Dann erst können die Exerzitien sich voll auswirken zum Segen für den einzelnen, zum Segen für die Familie und darüber hinaus zum Segen für die gesamte Oeffentlichkeit. Bei der Schlußandacht in der festlich geschmückten Kapelle weilten am Sonntag abend zur großen Freude der Jungmänner hohe und werte Gäste in ihrer Mitte und auch einige Männer, die vor mehreren Monaten Exerzitien gemacht hatten, hatten es sich nicht nehmen lassen, den Schluß der erhebenden Tage mitzuerleben. Am Montag morgen fanden die Exerzitanten sich in einer hl. Messe nochmals wieder zusammen, bei der besonders des verstorbenen Herrn Pastors gedacht wurde, sowie derjenigen, die schon einmal im Rektorat Exerzitien gemacht haben und bereits in die Ewigkeit hinübergegangen sind.

v. **Rhede,** 9. Jan. **Rasch tritt der Tod den Menschen an.** Am Samstag abend um 6,30 Uhr starb plötzlich infolge Schlaganfalls der Maurer Johann Dalhaus von hier, nachdem er noch bis 6 Uhr in voller Rüstigkeit gearbeitet hatte.

n. **Rhede,** 9. Jan. **Krieger-Verein.** Am Dreikönigstage, den 6. ds. Mts. tagte im Rössingschen Saale eine außerordentliche Versammlung des Krieger-Vereins. Nachdem der Vorsitzende allen erschienenen Kameraden ein glückseliges Neujahr wünschte und die Neujahrskundgebung des Vorsitzenden des Deutschen Reichskriegerbundes General v. Horn verlesen hatte, schritt man zur Tagesordnung. Das Winterfest wurde auf den 22. Januar festgelegt. Beginn 5 Uhr nachmittags. Nach eingehender Begründung seitens des Kassierers wurde der Jahresbeitrag um 1,— Mark erhöht. Mit dem Empfang der Beiträge wird am Sonntag, den 15. und 22. Januar, nach dem Hochamt, beim Kameraden B. Belting (Restauration) begonnen. Als Kassen-Revisoren wurden die Kameraden B. Tepasse, Viktor Wissing und Heinrich Hörning gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde dann die Anlegung eines Schießstandes besprochen. Die Versammlung sprach sich dahin aus, dafür unbedingt das Gelände am Galgenberg in Aussicht zu nehmen. Der Vorstand soll die nötigen Vorarbeiten in die Hand nehmen. Auf der nächsten Jahres-Hauptversammlung am 1. April soll über die Errichtung eines Krieger-Denkmals beraten werden. Die Kameraden werden gebeten, sich zu dieser Versammlung zahlreich einzufinden. Nachdem dann noch bekanntgegeben worden war, daß das diesjährige Kreis-Krieger-Verbandsfest am Sonntag vor Pfingsten in Gemen stattfindet, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Zur Denkmalsfrage.

Wenn wir uns über die Denkmalsfrage mit unseren gefallenen 700 Kriegern unterhalten könnten, würden sie sagen: „Laßt uns die Ruhe. Wir sind mit dem kleinen Holzkreuzchen, das kameradschaftliche Liebe uns gesetzt, zufrieden". Auch die der Hölle von Flandern, den Granatlöchern von Verdun, der Eiswüste der Karpathen, dem Tode knapp entronnenen Frontkämpfer werden sagen, daß es ob solcher Tat eine Gegenleistung gar nicht gibt. Und doch soll Leistung und Lohn, Verdienst und Ehre, Heldentum und Ruhm im Verhältnis stehen. Das Denkmal kann also nur als Erinnerungszeichen an liebe verstorbene Söhne und Brüder gedeutet werden.

In einem der ersteren Eingesandts war die Rede von einem Mausoleum, das ist eine mit einem Kreuzgewölbe bedeckte Säulenhalle. Ein solch stiller, sinnig ausgestatteter Ort ist die gegebene Stätte an der wir, das Gesicht auf die Tafeln der Gefallenen gerichtet, in Ruhe und friedlicher Stille dieser gedenken können, an der der gläubige Mensch ein frommes Gebet, eine sich einstehlende Träne dem lieben Verlorenen, das einzige und beste, was er zu geben hat, widmen, mit ihm überhaupt die geistige Verbindung herstellen kann.

Der Gedanke, daß, wie in dem Eingesandt gesagt wurde, die Halle auf dem neuen Friedhof, inmitten der dort Schlafenden zu errichten sei, liegt nahe und doch denke ich aus folgenden Gründen an den alten Friedhof: In erster Linie ist es die Nähe der Stadt, die Zentrale der ländlichen Umgebung, die den Besuch der Stätte erleichtert und daß es sich auf dem neuen Friedhof immerhin nur um einen kleinen Teil der von uns Verehrten handelt. Der sich immer mehr parkartig auswachsende alte Friedhof wird den Charakter als solchen auch dann nicht verlieren, wenn die allmählich vergehenden Grabmäler verschwunden sein werden. Es müßte allerdings, da m. E. nur die Mitte des Friedhofes für die Errichtung in Frage käme, die Kreuzgruppe versetzt werden. Ob dieses angängig, ist an anderer Stelle zu entscheiden.

Wenn nun aber der Gemeinde Bocholt daran gelegen ist, in betont auffälliger Weise auch nach außen hin zu zeigen, daß sie ihre gefallenen Söhne nicht vergessen hat, mag an entsprechender Stelle ein besonderes, schlichtes Denkmal als Erinnerungszeichen errichtet werden. Hierfür scheint mir der in der Freitagnummer des „Volksblattes" mit P. G. unterzeichnete Artikel beachtenswert zu sein. — Einen Ort hierfür besonders deshalb zu bevorzugen, daß Aufführungen möglich sind, die an Krieg und militärische Gebräuche erinnern, halte ich nicht für nötig; im Uebrigen werden Kriegervereine nach 40, 50 Jahren wohl nur mehr in der Erinnerung leben. —

Daß in der Denkmalsfrage eine so freimütige, öffentliche Aussprache erfolgen konnte, ist wirklich zu begrüßen und die Stadt wäre vor großen Schäden bewahrt geblieben, wenn dieses bei wichtigen Anlussen auch früher schon hätte so sein können. Ich denke u. a. auch an die Errichtung der Badeanstalt, an welcher die gesamte Bürgerschaft im höchsten Maße interessiert ist. Hier steht man auf dem Sprung, die Kleinigkeit von 70 000 Mark im wahrsten Sinne des Wortes einfach zu verpulvern, ohne daß es der Bürgerschaft möglich war, hierzu rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Armes Bocholt, wie geht man mit dir um!

Franz Isfort.

* * *

Mit großem Interesse habe ich alle die Kundgebungen zur Denkmalsfrage in Ihrer Zeitung gelesen. Als alter Veteran und Mitkämpfer von 1870/71 möchte ich auch noch, wenn auch etwas verspätet, meine Meinung kundgeben.

Die Idee, an der Nordseite des Rathauses ein Relief mit dem hl. Georg anzubringen, ist eine ganz verfehlte. Nach meiner und wohl der meisten Bocholter Meinung kann nur ein freistehendes Denkmal in Frage kommen. Keinen schöneren und passenderen Platz gäbe es da, als den Marktplatz mit dem schönen Rathaus. An derselben Stelle, wo das Kaiser-Denkmal stand, müßte es erstehen. Ich denke mir einen feldgrauen Soldaten, wie er ausgerückt ist; mit dem Tornister und Kochgeschirr auf dem Rücken, die Büchse unter dem Arm, die Hose in den Stiefeln, auf dem Kopf die Pickelhaube, nicht den Stahlhelm. Die Pickelhaube verkörpert die alte Soldaten-Tugend und militärische Tüchtigkeit. Die Figur müßte eine hohe, imposante Erscheinung sein, wie es die Kaiser-Statue war. Der Marktplatz ist der Mittelpunkt der Stadt, wo alle Kundgebungen sich abgespielt haben und sich immer abspielen werden. Er bietet auch Raum für die Krieger-Vereine bei der Enthüllungsfeier und bei sonstigen Veranlassungen. Den Wünschen der Krieger-Vereine müßte man am meisten entgegenkommen, denn ihre Mitglieder waren es, die hinauszogen in Kampf und Tod, um das Vaterland zu schützen und zu retten. Zum Beten ist ein Krieger-Denkmal nicht da. Dafür ist auch in den Kirchen in würdiger Weise gesorgt. Am schönsten in unserer St. Josefskirche, wo in der St. Barbara-Kapelle, der Patronin der Artilleristen, die Namen der gefallenen Söhne an den Wänden verzeichnet stehen. Nur müßte die Gittertüre der Kapelle wenigstens an den Sonntagen offen stehen. Mancher würde gern hineingehen, die Namen lieber Angehörigen lesen und ein kurzes Gebet sprechen oder einen Blumenstrauß hinlegen. Möge ein würdiges Denkmal für unsere gefallenen Söhne erstehen. Die Namen könnten unter dem Rathausbogen angebracht werden. S. R.

* * *

Zu der Denkmals-Angelegenheit.

Ich lese schon 30 Jahre das „Bocholter Volksblatt" und habe in dieser ganzen Zeit noch nie so viel verschiedene Ansichten darin bemerkt, wie z. Zt. der Postverlegung und jetzt mit der Denkmals-Angelegenheit. Auch nach meiner Ansicht ist der vorgeschlagene Platz nicht gut, das Ehrenmal sieht so richtig an die Wand gedrückt aus. Steht es nicht besser auf dem Vorplatz an der Post? Oder oben auf dem Heldenfriedhof? Auch könnte es wohl mitten auf dem Marktplatz stehen, wo früher der alte Wilhelm stand? Wenn man aber garnicht weiß, wohin damit u. die Stadt ihren Marktplatz dafür nicht hergeben will, dann setzt es nur in unsere schöne Vorstadt Fildeken, nahe bei der Schule und dem Kirchplatz. Das Denkmal könnte auch wohl einen Weber in Feldgrau vorstellen. Ich glaube, die meisten Bocholter Gefallenen waren Weber.

Frau W., Fildeken.

* * *

Zur Denkmalsfrage.

Von einer mehrtägigen Reise zurückgekehrt, lese ich den Artikel in Nr. 4 einer hiesigen Zeitung. Hierzu erkläre ich:

1. Der Artikel ist von mir verfaßt. Die Abkürzung H. ist ohne mein Wissen von der Redaktion vorgenommen worden.

2. Daß ich bei der Abfassung des Artikels weder von Herrn Professor Hofäus noch von Herrn Ministerialrat Hiecke noch sonst einer bei der Erledigung der Denkmalsfrage im Vordergrunde stehenden Persönlichkeit inspiriert worden bin, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

3. Der erste Absatz meines Artikels, in dem der Ausdruck „nicht unbedeutende Minderheiten" gebraucht wurde, scheint, trotzdem er ganz eindeutig ist, nicht so aufgefaßt worden zu sein, wie er gemeint war. Ich bin davon überzeugt, daß der Schreiber des Eingesandts bei nochmaligem aufmerksamen Lesen des fraglichen Absatzes seinen Irrtum sofort erkennen wird.

4. Die Errichtung des Kriegerdenkmals wird, da es sich um eine in erster Linie von künstlerischen Gesichtspunkten beeinflußte Frage handelt, nie zum Abschluß gebracht werden können, ohne daß — wie bei allen mit Kunst im Zusammenhang stehenden Dingen — zwei oder mehrere Meinungen sich herauskristallisieren. Was aber nun auch für oder gegen etwa angeregte Pläne vorgebracht werden mag, niemals darf ein sachlicher Meinungsaustausch mit dem Ballast persönlicher Herabsetzung belastet werden. Führen wir also entsprechend der Würde der Sache, um die es geht, unseren Meinungsstreit bis zur Weihe des Denkmals in Formen, die auch bei denen, welche mit der Ausführung des einen oder anderen Entwurfs nicht einverstanden sind, keine Bitterkeit zurücklassen.

Dr. Hoffmann.

* Holsterhausen, 9. Jan. **Bedauerlicher Unglücksfall.** Vor einigen Tagen hatte eine Frau in der sogen. Sachsenkolonie kochende Milch auf einen in der Küche befindlichen Tisch gestellt. Im unbewachten Augenblick zog ein 1½ Jahre altes Kind an der den Tisch bedeckenden Decke und die kochend heiße Milch ergoß sich direkt in das Gesicht des kleinen Kindes. Das Gesicht der Kleinen wurde vollständig verbrüht, so daß es in hoffnungslosem Zustande ins Dorstener Krankenhaus geschafft werden mußte.

* Gronau, 9. Jan. **Tot aufgefunden.** Am Donnerstag morgen wurde in der Spinnerei van Heek zu Enschede im Schacht eines elektrischen Aufzuges der 62 jährige Kupferschmied G. Rhee tot aufgefunden. Wie sich das tödliche Unglück zugetragen, kann nicht genau festgestellt werden. Man vermutet, daß der Mann mit dem Aufzuge nach oben fuhr und auf einem Zwischenstock ausstieg. Bevor die äußere Schachttüre dann geschlossen war, muß der Aufzug sich weiter bewegt haben. Vielleicht ist der Verunglückte dann in einem Schwächezustand in den leeren Schacht gestürzt, aus dem er als Leiche hervorgezogen wurde.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg,** 9. Jan. **Theaterklub „Fidelitas".** Am Samstag abend hielt der Theaterklub „Fidelitas" im Vereinslokale eine Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende die Erschienenen begrüßt hatte, ging man zur Tagesordnung über. Es wurde beschlossen, die nächste Aufführung am 29. Januar zu veranstalten. Es kommt zur Aufführung das Volksstück mit Gesang in 5 Akten „Die Lieder des Musikanten". Darauf wurde das Stiftungsfest besprochen; es soll am 11. Februar gefeiert werden. Auch die Familienangehörigen der Mitglieder sollen dazu eingeladen werden. Der Vorsitzende gab dann noch einen kurzen Rückblick auf die Arbeit der vergangenen 6 Jahre und sprach die Hoffnung aus, daß die Mitglieder auch in Zukunft dem Verein treu zur Seite stehen möchten.

— **Rees,** 9. Jan. **Wird die Reeser Margarinefabrik wieder in Betrieb gesetzt?** Aus einer Bekanntmachung des Bzirksausschusses zu Düsseldorf geht hervor, daß die Reeser Margarinefabrik den Antrag auf Verleihung des Rechts zur Zutageförderung unterirdischen Wassers für Kesselspeisung, Wasch- und Kühlwasser zur Verwendung in der Margarinefabrik gestellt hat. Es scheint dieses darauf zu deuten, daß die seit mehreren Jahren stilliegende Fabrik wieder in Tätigkeit gesetzt werden soll, was nur zu begrüßen wäre.

— **Wesel,** 9. Jan. **Teilweiser Einsturz eines Hauses.** Infolge des starken Sturmes und Regens ist am Freitag nachmittag der hintere Teil des Hauses Sandstraße 11 eingestürzt. Da sich in dem eingestürzten Teil keine Bewohner befanden, sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Seitens der Polizei wurde wegen der weiteren Einsturzgefahr das Haus gesperrt und die vorläufige anderweitige Unterbringung der Bewohner veranlaßt.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Weseler Spielverein 1. M. — F. C. Olympia 1. M. 6:2 (2:1).** Die Grünweißen haben höher verloren, als man selbst in Wesel getippt hatte. Wir wollen gleich vorweg nehmen, daß der Spielverein wohl besser war, aber keineswegs um vier Tore. Das werden selbst die Weseler Lokalpatrioten nicht behaupten können. Die Ursachen dieser hohen Tordifferenz hat sich in erster Linie wohl die Mannschaft selbst zuzuschreiben, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß sie durch gänzliches Versagen einiger Spieler schwer im Nachteil war. Sah man in der ersten Halbzeit noch einen schönen Kampf, so zeigten die Grünweißen in der zweiten Hälfte ein derart lustloses Spiel, wie man es lange nicht mehr gesehen hat und so war es für den Platzherren ein Leichtes, obiges Resultat herauszuholen. Der Schiedsrichter, ein Herr aus Cleve, konnte nicht befriedigen.

:: **S. V. Spellen 1. M. — S. V. Biemenhorst 1. M. 6:0.** Das Treffen am Sonntag, wobei die Mannschaft von Biemenhorst gegen den Tabellenersten anzutreten hatte, bot von vornherein schon wenig Aussicht auf Erfolg. Schon wenige Minuten nach Beginn des Spieles mußte ein Verteidiger der Biemenhorster Mannschaft wegen ernster Verletzung ausscheiden. Diese Lücke machte sich sehr bemerkbar. Die geschwächte Mannschaft spielte weiterhin aufopfernd, wenn auch der Unfall deprimierend auf die Mannschaft einwirkte. Trotz mehrfacher guter Torgelegenheit zeigte sich auch hier, daß ihr das Glück an diesem Tage wenig hold war.

Die große Würzekraft

ist ein besonderer Vorzug von MAGGIs Würze. Schon wenige Tropfen geben Suppen, Soßen, Gemüsen und Salaten unvergleichlichen Wohlgeschmack. - Durch diese Ausgiebigkeit ist MAGGIs Würze sehr billig im Gebrauch. Verlangen Sie aber ausdrücklich

MAGGIs Würze



Arbeitsstunden im Gymnasium.

Die täglichen **Arbeitsstunden** im Gymnasium beginnen wieder am **Mittwoch, den 11. Januar, nachmittags 4 Uhr.** Ständige Überwachung der Schularbeiten. Honorar monatlich 9 Mk.

G. Köster,
Hermannstr. 15.

Ordnung

betreffend die Leistung von Hand- und Spanndiensten im Bezirke der Gemeinden Altrhede, Büngern, Crommert u. Bardingholt.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretungen von Altrhede, Büngern, Crommert und Bardingholt vom heutigen Tage wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 68 und 69 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Ges. Slg. S. 152), sowie des Gesetzes zur Aenderung des Kommunalabgabengesetzes vom 26. 8. 1921 (Ges. Slg. S. 49) in Verbindung mit § 13 der Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen vom 19. 3. 1856 (Ges. Slg. S. 265) hinsichtlich der Leistung von Naturaldiensten (Hand- und Spanndiensten) in den Gemeinden Altrhede, Büngern, Crommert und Bardingholt, folgende Ordnung erlassen:

§ 1.

Die nach öffentlichem Rechte der Gemeinde obliegenden oder sonst im Interesse der Gemeinde nötig werdenden Hand- und Spanndienste, insbesondere für Wegebauten, Wegeverbesserungen, Wegebepflanzungen, Wegegräbenreinigungen, Schneeräumen und dergleichen sind, insoweit nicht für den einzelnen Fall ein abweichender Beschluß gefaßt wird, in Natura zu leisten.

§ 2.

Hand- und Spanndienste sind von den Steuerpflichtigen nach dieser Ordnung zu leisten und zwar mit folgender Maßgabe:

1. von den Grundsteuerpflichtigen:

Spanndienste: für jede angefangene Eigerfläche von 15 Morgen (ausschließlich der Flächen unter 20 Morgen) 1 Spanndienst;
Handdienste: für jede angefangene 5 Morgen Eigenfläche 1 Handdienst.

Wald und Oedland kommen dabei voll zur Anrechnung.

2. von den übrigen Steuerpflichtigen:

für jede angefangenen 99 R.-Mk. der endgültig veranlagten Steuern 1 Spanndienst oder für jede angefangenen 33 R.-Mk. der endgültig veranlagten Steuern 1 Handdienst.

Beim Zusammentreffen beider Veranlagungsmaßstäbe müssen die Diensttage nach jedem Maßstabe besonders verrechnet und geleistet werden. Als Steuerpflichtige im Sinne dieser Ordnung gelten diejenigen physischen Personen, Forensen von juristischen Personen, die zur Zahlung von Steuern an die Gemeinden Altrhede, Büngern, Crommert und Bardingholt verpflichtet sind. Maßgebend ist die Steuer desjenigen Kalenderjahres, das dem Jahre der Verteilung der Dienste vorangeht. Spanndienste sind von den gespannhaltenden Handdienste von sämtlichen übrigen Steuerpflichtigen zu leisten.

Ein Hand- bezw. Spanndienst stellt eine Tagesleistung von 8 Stunden dar. Der Weg zur Arbeitsstelle und der Rückweg werden nicht mitgerechnet. Die Spanndienste sind als Handdienste zu bewerten, in der Weise, daß die Leistung eines Pferdes derjenigen von drei Handdienstpflichtigen gleichgestellt wird. Spanndienste können auch nach Bedarf in Handdienste umgewandelt werden. Für jedes Gespann ist stets ein zuverlässiger Führer zu stellen. Die Führer der Gespanne sind verpflichtet, bei Auf- und Abladen der Materialien Mitarbeit zu leisten. Die Hand- und Spanndienstpflichtigen sind gehalten, die für den Dienst erforderlichen Gerätschaften und Fuhrwerke mitzubringen. Frauenspersonen, Knaben unter 16 Jahren und Untauglichen werden zu den Handdiensten nicht zugelassen. Jeder Pflichtige kann seine Dienste mit Ausnahme von Rottpflichten durch taugliche Stellvertreter besorgen lassen.

§ 3.

Die Heranziehung zu Hand- und Spanndiensten erfolgt durch Beschluß des Gemeindevorstandes nach einem von ihm aufzustellenden Plane. Der Gemeindevorstand bestimmt auch, zu welcher Zeit und in welcher Ordnung die Hand- u. Spanndienste zu leisten sind. Ferner ob gegebenenfalls und welcher Pflichtiger an Stelle der Spanndienste Handdienste im Sinne des § 2 zu leisten hat. Nach Bedarf ist der Gemeindevorsteher auch berechtigt, die Pflichtigen zu Botendiensten heranzuziehen und die auf diese Weise abgeleisteten Stunden auf die Hand- bezw. Spanndienste in Anrechnung zu bringen.

§ 4.

Der Gemeindevorstand bestimmt in jedem Einzelfalle, ob und welche Leistungen auf Grund dieser Ordnung erfolgen sollen.

§ 5.

Im Falle der Nichtleistung der geforderten Dienste ist an deren Stelle ein Geldbetrag zu entrichten und zwar:

für einen nichtgeleisteten Spanndienst 15 R.-Mk. und
für einen nichtgeleisteten Handdienst 5 R.-Mk.

Der Geldbetrag ist an die Gemeinde zu entrichten, die die Dienste durch Dritte ausführen und den Geldbetrag auf Grund des § 90 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes beitreiben läßt.

§ 6.

Gegen die Heranziehung zu Hand- und Spanndiensten steht dem Pflichtigen das Rechtsmittel des Einspruches zu, das binnen einer Ausschlußfrist von 4 Wochen, von dem auf die Zustellung der Aufforderung zur Leistung folgenden Tage ab gerechnet, beim Gemeindevorsteher einzulegen ist.

Ueber den Einspruch beschließt der Gemeindevorsteher. Gegen dessen Beschluß steht dem Pflichtigen innerhalb 2 Wochen nach dem Tage der Zustellung des Bescheides die Klage im Verwaltungsstreitverfahren an den Kreisausschuß offen. Durch den Einspruch wird die Verpflichtung zur Leistung der geforderten Dienste nicht aufgehoben.

§ 7.

Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung vom 9. 7. 1921 sowie der Nachtrag zu dieser Ordnung vom 23. 5. 1924 außer Kraft.

Altrhede, den 18. Oktober 1927.
Büngern, den 19. Juli 1927.
Crommert, den 19. Juli 1927.
Bardingholt, den 1. Juli 1927.

Der Amtmann: gez. Dörner.

Die Gemeindevorsteher:
gez. Tebrügge, H. Ehing, Nienhaus, Tekotte.

Genehmigt!
Borken, den 29. November 1927.
Namens des Kreisausschusses
Der Vorsitzende: gez. Graf von Spee.

Veröffentlicht!
Rhede, den 28. Dezember 1927.
Der Amtmann: Dörner.

Preisanzeigen für das 1 zeilige Millimeter: 10 Pfg. lokale Anzeigen 7,7 Mk., Familienanzeigen 7,7 Mk., Kleine (Eolgenkolter) Anzeigen 6,6 Pfg., geschäftliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2,85 Goldmark, Einzelpreis 10 Pfg



Am 7. Januar 1928 verschied unerwartet der Maurer

Johann Dahlhaus

in Rhede.

Derselbe war seit langen Jahren in meinem Betriebe tätig. Er zeichnete sich besonders durch Fleiß und Pflichttreue aus. Seinen Arbeitskollegen war er ein guter und hilfsbereiter Kamerad.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren gehalten werden.

Rhede, den 8 Januar 1928.

Baugeschäft Heinr. Hüls.
Die Maurer und Bauhilfsarbeiter der Firma Heinr. Hüls.

Kath. Deutscher Frauenbund

Anmeldungen zum

Nähkursus

werden **Mittwoch, den 11. ds. Mts.** in der Rechtsschutzstelle, Realschulstraße, entgegengenommen.

Arbeiterverein St. Josef

Die Ausgestoßene

3. Aufführung am Sonntag, 15. Januar, abends 6 Uhr.

Karten im Vorverkauf im Arbeiterverein St. Josef, Hohenzollernstraße 48

Chor des Musikvereins.

Die nächste

Chorprobe

ist **Mittwoch, den 11. Januar, 8.30 Uhr abends** im kleinen Schützenhaussaale für den ganzen Chor. Es wird gebeten, zu dieser wichtigen Probe pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Kreis-Krieger-Verband

Zu einer am

Mittwoch, den 11. Januar, abends 20 Uhr im „Großen Kurfürsten" stattfindenden

Versammlung

zwecks öffentlicher Besprechung über die Errichtung eines

Krieger-Denkmals

laden wir hierdurch sämtliche dem Kreis-Krieger-Verband angehörigen Kameraden mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen ergebenst ein.

Nach der Versammlung findet um **21,30 Uhr eine Sitzung der Gesamtvorstände** im kleinen Saale des „Großen Kurfürsten" statt.

Der Vorstand
J. A.: Kruchen, Vorsitzender.

Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie.

Ortsgruppe Bocholt.

Am Samstag, den 28. Januar 1928, abends 8 Uhr findet im Arbeiterverein St. Paulus die diesjährige

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl von Vorstandsmitgliedern.
5. Verschiedenes.

Es ladet freundlichst ein.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die nächste Sprechstunde der Krüppelfürsorgestelle des Kreises Borken findet statt am **Donnerstag, den 12. Januar 1928, nachmittags von 4—5 Uhr** im Krankenhause Borken.

Die Krüppelfürsorgestelle des Kreises Borken.

Bekanntmachung.

Nach § 6 Abs. 2 der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter vom 9. Dezember 1927 haben die zugelassenen Ersatzkrankenkassen und die außerhalb des Bezirks des hiesigen Versicherungsamts seßhaften Krankenkassen das Recht, an der Wahl der vorbezeichneten Versicherungsvertreter teilzunehmen, wenn sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Wahlleiter anmelden und den Nachweis erbringen, daß mindestens 50 Mitglieder nach dem Stande des letzten Zahltages vor dem 1. Januar 1928 in dem Bezirk des hiesigen Versicherungsamts wohnhaft sind.

Da in nächster Zeit die Wahlen der Versicherungsvertreter stattzufinden haben, fordern wir hiermit zwecks Feststellung der auf jede Kasse entfallenden Stimmenzahl die vorgenannten Ersatzkassen und außerhalb des hiesigen Versicherungsbezirks seßhaften Kassen auf, ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden und die Zahl ihrer anrechnungsfähigen Mitglieder bis zum 15. Januar 1928 dem bezeichneten Wahlleiter nachzuweisen.

Bocholt, den 5 Januar 1928

Der Vorsitzende des Versicherungsamts der Stadt Bocholt als Wahlleiter.

Während der

Inventur-Ausverkaufstage

verkaufe **Winter-Konfektion**
Herren-, Jünglings- und Knaben-Paletots
mit großer Preis-Ermäßigung.
Ein Posten Herren- und Knaben-Anzüge
staunend billig.
Auf nicht herabgesetzte Waren **10 % Rabatt.**

Wilh. Hövener, Bocholt

Diepenbrock-Eintrachtstr.-Ecke.

Capitol-Theater

Das führende Haus Westfalens

Restlos begeistert ist das Publikum
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
von der entzückenden Leistung **Harry Liedtke's** in dem Film:

Die Spielerin

Ein Roman aus Monte-Carlo in 7 Akten.

In den Hauptrollen: **Harry Liedtke, Frieda Richard, Jack Trevor, Gräfin Agnes Esterhazy.**

2.

TOM TYLER, der König der Cowboy, der Schrecken von Dakota, in dem großen Wildwestfilm:



Der Teufel von Dakota

Ein Wildwestfilm in 5 Akten.

3.

Lupino Lane in dem tollen Lustspiel:

O, welche Lust, Soldat zu sein!

2 Akte.

Außerdem:

Das Wolkenschauspiel von Maloja

Herrliche Aufnahmen aus der Schweiz.

Zwangsversteigerung

Am Mittwoch, dem 11. Januar 1928, nachmittags 2 Uhr werde ich in der Wirtschaft Weidick, Nordstraße,

1 Kleiderschrank und 1 Vertikow

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Bothe,
Obergerichtsvollzieher.

Zirka 500 Festmeter

Pappelholzstämme

zu verkaufen.

G. H. Rots, Holzhandlung, Aalten (Holl.).

Former-, Schlosser- und Modellschreiner-

Lehrlinge

stellt zu Ostern ein.

Eisengießerei und Maschinenfabrik
Ernst Hulvershorn.

Kopfungeziefer

Der eine sagt es dem andern: Ein sicher wirkendes Mittel gegen **Kopfungeziefer** erhält man in der

Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.
Preis 1.20.

Teppiche-Läufer ohne Anz in 10 Monatsraten lief. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M 1515 Schreiben Sie sofort.

Ein kleines

Pferd

(Doppel-Pony) mit Geschirr

hat sofort zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Kath. Arb.-Verein Rhede.

Unser langjähriges Vereinsmitglied

Joh. Dahlhaus

ist gestorben. Beerdigung findet statt am Mittwoch morgen 1/9 Uhr wozu die Mitglieder'schl. eingeladen werden.

Der Vorstand.

Krieger-Verein Rhede.

Wir setzen hiermit unsere Mitglieder geziemend davon in Kenntnis, daß unser Kamerad

Joh. Dahlhaus

gestorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet statt am Mittwoch morgen 1/9 Uhr, wozu die Mitglieder dringend eingeladen werden. Antreten der Kameraden 1/9 Uhr. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Bocholt

(Christl. Gewerkschaften und kath. Arbeitervereine.

Am Mittwoch dem 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, im kl. Saale des Arbeitervereins St. Paulus zweiter

Unterrichtsabend

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Großes, helles

Ladenlokal

Stadtmitte, auch für Büro geeignet, sofort zu vermieten.

Offerten unter C. 285 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Möbliertes

Zimmer

mit voller Pension zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gut möbliertes

Zimmer

in schöner Lage, an Herrn zu vermieten.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

50 Mark Belohnung

Eine leere

Wohnung

(2 Zimmer) zu mieten gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine sehr gut erhaltene

Kutsche

(Einstieg hinten) umständehalber zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle d Bl.

Eine

Handtasche

mit Inhalt

auf der Sammaerfenstr. zur Wertherstr. nach Liedern **verloren.**

Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige gegen Belohnung an die Gesch. ds. Bl. abzugeben.

Bauern-Versammlung

am **Mittwoch, den 11. ds. Mts., nachmittags 2,30 Uhr** im „Bürgerkrug" zu Bocholt, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Tagesordnung:

1. Was will und ist der Westfälische Bauernverein;
2. Wirtschaftliche Tages- bezw. Steuerfragen, wie Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Wasserschäden;
3. Gründung eines ländlichen Reit- und Fahrvereins im Amte Liedern-Werth;
4. Verschiedenes.

Die Ausschußmitglieder des Westfälischen Bauernvereins im westlichen Teile des Kreises Borken.

Wo'n gehen wir? **Rhede, Neustr. 14**

Warum?

Da erhalten wir zur Zeit des Inventur-Ausverkaufes sämtliche Schuhwaren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Restpaare
zu jedem konkurrenzlosen Preise.

Gleichzeitig empfehle ich zur nassen Jahreszeit meine in eigener Werkstatt angefertigten garantiert wasserdichten zwie- und driegenähten Schuhe.

B. Gr.-Venhaus
Schuhwaren.



Sternwolle in allen Qualitäten stets vorrätig bei **Wilh. Wyen, Ravardistraße.**

Roggenstroh

zu verkaufen, die 1000 Pfund zu 21,— R.-Mk., franko Bocholt, bei sofortiger Zahlung.

Die Gutsverwaltung des Hauses Diepenbrock in Barlo.

Erstklassige Existenz

mit einem monatlichen Einkommen von **600,— R.-Mk. und mehr** bieten wir tüchtigem Landreisenden. Es handelt sich um Dauerposten.

Bewerbungen unter **V. R. 1095** an Postschließfach 329, Braunschweig.

Ladenlokal mit Wohnung

in guter Geschäftslage Bocholts für sofort oder später zu mieten gesucht.

Offert. unt. C 276 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Zum 1. Februar oder später ein

Mädchen

für bürgerl. Haushalt bei Familienanschluß gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Jüngeres fleißiges

Mädchen

für halbe oder ganze Tage zu sofort gesucht.

Frau Lehrer Hesse, Knappenstr. 5

Ein kräftiges, sauberes

Mädchen

im Alter von 16—20 Jahren, am liebsten vom Lande, für Hausarbeit sofort gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Bruchbandagen
mit und ohne Feder für Kinder und Erwachsene in allen Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22

Energische, zielbewußte

Nachhilfe

in Latein, Französisch, Rechnen und Deutsch.

G. Köster,
Hermannstr. 16.

Packpapier-Großhandlung

mit großem Lager aller Sorten Packpapier sucht baldigst

Vertreter

der bei d größeren Packpapierverbrauch. bestens eingeführt ist.

Angeb mit Angabe von Referenzen unter Of. A. 983 beförd.

Rudolf Mosse, Düsseldorf.

1a Memeländische Tafelbutter
je Pfund Mk. 1.85.
Original-Tilsiter Vollfettkäse in Stanniol
je Pfund Mk. 1.10.
Prima Cervelat- und Salamiwurst
je Pfund Mk. 1.70.
ab hier im 9 Pfund-Nachnahmepostpaket empfiehlt
Karl Hartung, Tilsit, Postfach 305.

Die

Beleidigung,

die ich gegen Helene Terstege ausgesagt habe, nehme ich zurück.

Frau Witwe Wolters.